

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Bezugs und Steuern
steuer 21/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Rgt. Sachsen
u. Erzst. Sachf.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheinung in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Buchhandlungen u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Special-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
E. M. Puchers,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hag,
E. W. Corner Third and
Market str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Special-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 7. Sonntag, 18. Januar. 1874.

Reichstagswahl.

Wir geben noch folgende Resultate, welche uns weiter zugegangen sind:

Im Plauenschen Grunde hat Hofrath Adernann über Erfolge gesiegt.

Im Freiburger Wahlkreise ist Geib mit 116 Stimmen Majorität gewählt.

Weimar: Bojanowsky 6547, Joh. Jacoby 2731 Stimmen. Darmstadt-Großgerau: Welter 8799, Rost 1224, Wambolt 356 Stimmen.

Würzburg: Dr. Bärm 3462, Zurborn 5768, Grillenberger 730 Stimmen.

Plauen: Krause 4442, Seiler 3801, Albert 1650, Zwiebler 370 Stimmen.

Schneeberg-Stollberg (amtlich): Liebknecht 8141, Rindow 4444 Stimmen.

Glauchau-Meerane (amtlich): Bebel 7777, Hennings 1581 St. Camenz: Rostig-Walwig 11537, Graf Stollberg 2013.

Dachau 513, Keller (A. D. A. V.) 471 Stimmen. Eisenach: Semmer 5693, Parisius 1992, Rotenhan 1524, Liebknecht 955 Stimmen.

Öppingen: Burdhardt 2683, Sarwey 11,070 Stimmen. Altenburg: Wagner 12,460, Demmler 2682, Kamigann 1265 Stimmen.

Reichenbach: Nord 6523, Georgi 6781 Stimmen. Hof: Nord 1603, Schaaf 11,828 Stimmen.

Calbe-Acherleben: Dieze 8208, Diezner 2594, Harle- mann 2474 Stimmen.

Von Königberg müssen wir unsere letzte Notiz dahin berichtigten, daß die 1542 Stimmen nicht auf Paster, sondern auf Herbig gefallen sind.

In ganz Sachsen sind 90,000 Stimmen auf die Sozialdemokraten, 110,000 auf die „Liberalen“, 50,000 auf die Conservativen gefallen.

Berlin. 1. Wahlkreis: Wahlberechtigt 15,701, davon stimmten 4948, ungültig 21, es erhielten Hagen (F.) 3462, Hasenclever 391, Jacobi 76, Simsen 193, Müller geistl. Rath 176 (Ultr.), Nolte 586, die übrigen zerplitterten sich.

2. Wahlkreis: abgegeben gegen 7448, ungültig 36, Klotz (F.) 4984, Nolte 989, Hasenclever 974, Jacobi 169.

3. Wahlkreis: abgegeben 7472, ungültig 22, Hoyerbed 5064, Brandes (Bürstler) 283, Hasenclever 1270, Jacobi 337, Nolte 212.

4. Wahlkreis: von 29,647 Stimmberechtigten wählten 10,455, ungültig 49, Eberth 6121, Hasenclever 2993, Jacobi 867, Krämer 116.

5. Wahlkreis: von 17,817 Stimmberechtigten wählten 4851, ungültig 30, Lander 3259, Hasenclever 863, Jacobi 178, Nolte 207.

6. Wahlkreis: von 28,250 Wählern wählten 8209, ung. 74, Schulze-Delitzsch 4028, Hasenclever 2523, Jacobi 638, Krämer 506, Müller 123, Nolte 168, zerplittert 89. Also enger Wahl zwischen den beiden Ersten. Jacobi erhielt in Berlin 2265 Stimmen.

Zur Reichstagswahl.

Wir sind nun in den Stand gesetzt, das Wahlergebnis so ziemlich übersehen zu können.

Gewählt sind: Liebknecht, Bebel, Rost, Bahleisch, Geib und Wotteler.

Wir haben alle Ursache, mit den Ergebnissen der Wahl zu zufrieden zu sein. Wenn auch außerhalb Sachsens unsere Partei-Genossen in der Minorität geblieben sind, so sind die Stimmenzahlen, welche unsere Candidaten auf sich vereinigten, doch zu imponant, als daß die Gegner sich ihres Sieges so recht zu freuen freuen könnten. Wie wenig sie ihre innere Angst zurückhalten vermögen, zeigen die vielen Sammerartikel ihrer Blätter.

Unsere Parteigenossen haben überall ihre Pflicht getan. Die heroischen Anstrengungen unserer Parteigenossen zu Braunschweig, die gewichtigen Minoritäten zu Nürnberg, Reichenbach, Leipzig, München, Mainz, Magdeburg, Hof und Pforzheim haben bewiesen, welche mächtige Lebenskraft unserer Partei innewohnt.

Nach sind für Johann Jacoby in Dresden und im Leipziger Landkreis, und für Hint in Rostly, Goldig Stichwahlen angelegt. Erst mit deren Endergebnis werden wir unsere Siege definitiv feststellen können.

Haben wir erst berechnet, wie viel Stimmen im ganzen Reiche auf die Arbeitercandidaten gefallen sind, dann werden unsere Gegner mit Schreden ersahren, welche gewaltigen Protest die Arbeiterklasse gegen die bestehenden faulen Zustände, gegen die Gesellschaft des Massenelends, gegen den Staat des Massenmordes erhoben hat!

Wie tief unsere Ideen in's Volk eingedrungen sind, beweist vor Allem, daß auch die ländlichen Arbeiter und der Bauernstand sich zahlreich an der Wahl betheiligt, ja an manchen Orten den Sieg unserer Candidaten entschieden haben. Die Landbevölkerung hat ihren bisherigen Ruf Lügen gestraft, sie hat bewiesen, daß sie nicht so theilnahmlos ist, als man geglaubt.

Wir müssen siegen! war die Parole unserer Partei. Und wir haben gesiegt! Und nicht bloß da, wo unsere Candidaten gewählt sind. Die Minoritäten zu Braunschweig, Nürnberg u. s. f. sind für uns ebenfalls Wahlsiege.

Diese Siege sind für uns indessen kein Grund, auf unseren Fortschritten zu ruhen, sondern es muß gerade mit verdoppeltem Eifer

vormwärts gearbeitet werden. Wir haben eine siegreiche Schlacht geschlagen in dem großen Feldzuge gegen Rammon und seine großen und kleinen Nebengötter; verfolgen wir nun den geschlagenen Feind!

Rufen und rasten wir nicht, sondern ringen wir ohne Unterlaß, die der Arbeiterklasse geschmiedeten Fesseln zu zerbrechen mit dem Wahlpruch: Nieder mit der Klassenherrschaft!

Politische Uebersicht.

— Eine Andeutung. In ihrer politischen Uebersicht vom 10. d. schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Das allgemeine Wahlrecht, zu dessen erneuter Ausübung das deutsche Volk heute berufen ist, hat sich bisher der nationalen Entwicklung durchaus förderlich erwiesen, und diese hat einen so befriedigenden Verlauf genommen, daß wir unmöglich der Besorgnis Raum geben können, das deutsche Volk werde heute seine Pflicht verabsäumen. Das allgemeine Wahlrecht möge sich darin erproben, daß es den nationalen Geist des Volkes zum Ausdruck bringt, und möge die Hoffnung nicht trügen, daß die Wahlen uns eine imponante Mehrheit bringen werden, welche bereit ist, die Reichsregierung in deren Politik zu unterstützen. — Soll, darf ein Reichstag zusammen- treten, welcher, weniger patriotisch als der vorige, durch unstrau- sches Handeln mit der Regierung resultatlos arbeiten, oder, mit geringem profanem Verständnis als der vorige, sich der Ver- pflichtung entziehen wollte, die Opfer zu gewähren, welche der Staat von seinen Bürgern verlangt, damit das Wohl Aller ge- fördert und nach Innen und Außen sichergestellt werden könne? Die Wahlen sollen auf diese Fragen Antwort geben, und wir sind am Tage derselben der festen Zuversicht, daß das deutsche Volk nicht seiner selbst vergessen wird.“ — So das Leitorgan des höchsten Bismarck. In verständliches und ehrliches Deutsch über- setzt, heißt dies: Wie männiglich bekannt ist (und in Lamarmoros's Buch des Näheren nachzulesen), haben wir das allgemeine Stim- mrecht nur gewährt, um unserer Blut- und Eisenpolitik ein nation- ales Mäntelchen umzuhängen; das Mäntelchen hat „bisher“ gute Dienste getan und unsere Blöße bedekt. That es dies auch hinfür — gut; that es dies aber nicht, wohlun, so werfen wir das überflüssig gewordene Mäntelchen in die Kumpelkammer. Es ist zweifellos — und den obigen Auslassungen der „Nord- deutschen allg. Zeitung“ sind mancherlei ähnliche Anzeichen beizufügen — es ist zweifellos, daß die preussische oder Reichsregierung, falls die Wahlen zum neuen Reichstag ihr ungünstig sein sollten, zu einer Auflösung schreiten würde und sogar den Gedanken einer Beschränkung des Wahlrechts in petto hat. Nicht ohne Grund sagte daher neulich der Abgeordnete Dunder in einer Berliner Wählerversammlung: „Die Fortschrittspartei wird vielleicht bald dafür zu kämpfen haben, daß das Wahlrecht, wie wir es haben, uns erhalten bleibt.“ Freilich — wenn unser Reichs- tagswahlrecht vom „Kämpfen“ der Fortschrittspartei abhängt, dann ist's kein Pfefferling mehr werth.

— Wir haben schon oft behauptet, daß das ganze Bismarck'sche Regiment, die ganze Reichsherrschaft Nichts weiter als eine mittel- alterliche Erscheinung sei, bestimmt, das Rad der Geschichte rück- wärts zu drehen. Einen hübschen Beweis dafür liefert „der Römischen Kaiserlichen Majestät reformirte und verbesserte Polizei- ordnung“ vom Jahre 1577, mit andern Worten das Preßgesetz des pöbelwärtigen deutschen Kaisers Rudolph II. von Habsburg, der 1612 gestorben ist. Dieses Preßgesetz enthält ganz lustige Bestimmungen, nach welchen nicht allein der „Verkauffer o. er Fephaber, sondern auch der Käufer oder andere, bei denen solche Bücher, Schwäbchrisften oder Gemählde, Pasquills oder anderer Weiß, sie schon geschrieben, gemahet oder getruet, beunden, ge- päntlich angenommen, güttlich oder, wo es Nothduft erso dert, päntlich, wo ihm solche Bücher, Gemählde oder Schriftt her- kommen gefragt, und so der Author oder ein ander, wo der wäre, von dem er, der gefangen, solche Schrift, Gemählde oder Bücher überkommen, unter irgendwelchen Dreyheit gefessen, der soll also bald auch gefänglich eingezogen; wäre er aber unter einer andern Herr- schaft wohndhaftig, er selber soll so bald als bald durch die Obrig- keit, da der erst Fepel oder F. haber solcher Schriftt beveten, angezeigt, die abermals, wie vor laut, handels, und dem also lang vorgeardener Maß nachgefraget und nachgegangen bis der rechte Author beunden, der alodann sammt denjenigen, so es also umb- getragen, sich gehabt oder sonst ausgeben, vermag der Recht und je nach Gelegenheit und Gestalt der Sachen darumb auch zum abschleichen Exempel mit sonderm Ernst gestrafft werden.“ Sollte man nicht glauben, Herrn Swelling, der in Bismarck's Auftrag das bekannte Preßgesetz mit dem herabgesehenen § 20 aus- gedrückt hat, habe die „Polizeiordnung“ der habsburgischen Majestät vom Jahre 1577 vorgelesen? Und beweist nicht die an dem Factor Siegert in Bonn verübte Gewalt, daß es bei der heutigen Preßwirtschaft sehr „päntlich“ zugeht? Man scheint über 1577 noch nicht hinaus zu sein. Und doch giebt es „gemale“ Staats- männer, sowie auch Staatsanwältler, welche sich auf die modernen Geschichtsfälscher stützen behaupten, es sei in Deutschland eine „neue Zeit“ angebrochen.

— Der große Sparapostel Schulze-Delitzsch, durch die Ber- rüchtheit von Heidelberg Professor zum „Doctor“ geworden, hat dieser Tage in Leipzig einen Vortrag gehalten, der so reich- lich mit Albernheiten und Spewelereien gespickt war, daß man

allerdings hingerissen wurde, die „Opferfähigkeit“ des Denkervolks zu bewundern, welches dumm genug war, einem solchen Schwäger 40,000 Thlr. an den Kopf zu werfen. Nachdem Herr Schulze, die Geschichte fälschend, einen angeblichen Nachweis geführt hatte, daß die Franzosen ein Volk seien, welches Welt Herrschaften zu errichten, die Deutschen ein solches, welches Welt Herrschaften zu zertrümmern strebe (die Franzosen haben also das Bedürfnis aufzubauen, die Deutschen zu zerstoren!), verzehrte er zum Schluß, natürlich unter lautem Beifall der zuhörenden Bour- geois, mit großem Appetit das ganze Pfaffenhum, jenes fabe Ge- richt, welches die ganze volksverdamme Sippschaft, möge sie nun „liberale Partei“ oder „Fortschrittpartei“ oder „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ heißen, dem Volke vorsetzt, damit es an den „Liberalismus“ Bismarck's glauben soll. Bismarck-Schulze sprach:

„Was thut Deutschland seit dem Kriege? Es rüstet nicht zu neuen Kämpfen sondern baut Festungen, giebt Kanonen und drückt Soldaten in Masse nur der Parade wegen, obgleich es gegenüber der Haltung des großen westlichen Reiches natürlich die Rücksicht auf seine eigne Sicherheit nicht aus dem Auge verlieren darf, es beschäftigt sich ausschließlich mit seinem inneren Angelegenheiten, mit dem Ausbau seiner staatlichen (Fidelhauben-) Verhältnisse. Da hat es denn freilich genug zu thun, denn die schwarze Brigade, die Loosung und Parole über den Bergen herholt, ist ein nicht zu unterschätzender Feind. Indef was für Wechselfälle auch in dem Kampfe gegen Verdummung und römische Annäherung eintreten mögen, der Sieg wird uns bleiben, dem neuen deutschen Reiche, das so himmelweit verschieden (Allerdings! Im unheiligen römischen Reich gab es keinen Schutze!) von dem unheiligen römischen Reiche deutscher Nation ist, unserem Reiche, dessen Fürsten nicht nach Canossa gehen (nachdem Bismarck aus Canossa hinausgeworfen worden ist), das von seinem Bürgerthum gestützt wird. Was ihm noch mangelt, werden roger Bürgerstimm und treue (Ach ja! seiner Majestät allergetreueste!) Volkverehrung erreichen. (Diäten! lieber Schutze! Diäten!). Denn in diesem Kampfe gegen die Finsternis stehen die Geister aller unserer Volksgößen (Unter denen natürlich Schulze voran steht!) uns zur Seite und die gesammte Bildung unseres Volkes unterstützt die freieitliche Ent- wicklung.“

„Freieitliche Entwicklung!“ Es klingt lieblich, dies vielge- quälte Wort, aus dem Munde des „größten Arbeiterfreundes“ zur selben Zeit, wo durch den riesig angeschwollenen Schwindel und die unverdächtigste Speculation Tausende von Arbeitern arbeits- und brodlos werden. Doch was beschäftigen wir uns wieder mit einem Cadaver? Hat doch schon Lassalle den Spar- apostel geidtet, und wir haben noch nichts davon gehört, daß Heidelberg'ser Doctor diplome die Zauberkrast besäßen, Tode zu erwecken!

— Psui! Herr Biedermann schreibt in seiner „Allgemeinen Deutschen“ (oder „Deutschen Allgemeinen“) — der Unterschied ist nicht groß) vom 14. d. anlässlich der Wahl in Dresden: „Nach der Leipziger „Reichszeitung“ haben in Dresden für Jacoby außer den Sozialdemokraten auch die bürgerliche Demokratie (die alte Volkspartei) und die „alten Sachsen“, die im „Preußenhaff“ verharren, und nach den „Dresdener Nachrichten“ auch die stren- gen Katholiken gestimmt. Eine schöne Blumenlese!“ Ja, Herr Biedermann, „eine schöne Blumenlese“ des Bismarck's, die Sie da aufstehen. Es fragt sich nun bloß, ob Sie den Blodstinn in gutem Glauben nachgeschrieben, oder bloß in majorem Bismarckii gloriam, wissend, daß es Bismarck's. Sie aber, Herr Biedermann, sind viel zu gerieben, als daß wir an Ihre bona fides (Ihren guten Glauben) zu glauben vermöchten. Wir rufen Ihnen also zu: Psui, Herr Biedermann!

— Herr Rudolf Meyer von der nunmehr eingezogenen „Berliner Revue“ sendet uns eine Verichtigung, von welcher wir Notiz nehmen. „Die Revue“, schreibt Herr Meyer, „wurde vor 19 Jahren von Herrn Baron von Hertefeld gegründet, dessen Munificenz sich bis über das Grab hinaus erstreckte, meines Wis- sens bis ans Ende jenes Blattes. Ich war Niemandes Agent und konnte also nicht Instructionen übertreten, die nicht existirten. Zu keinem Minister habe ich direct oder indirect in Beziehung gestanden und hoffe demnächst ein periodisches literarisches Unter- nehmen für die Grandsage ins Leben zu rufen, welche ich in der „Revue“ ohne jede Rücksicht auf Behörde oder Partei bisher ent- wickelt habe.“

Correspondenzen.

Leipzig. (Aus dem 13. Wahlkreise.) In Taucha hat der Stadtrath die für Birnbaum ausgegebenen Wahlzettel mit seinem amtlichen Sigill gestempelt. Alsdann wurde das Gerücht ver- breitet — von wem wissen wir nicht — nur solche gestempelte Wahlzettel seien gültig. In Großschöcher wurde die Wahlzeit zu früh für beendet erklärt. Rahejn 30 Arbeiter, die von Leipzig gekommen waren, um zu wählen, wurden dadurch ihres Wahlrechts beraubt. Wir werden uns dergleichen Dinge merken.

Leipzig. Im 13. Wahlkreise also Stichwahl zwischen Jacoby und Heine! Wir hatten uns darauf gefaßt gemacht; weniger Dr. Harrerath-Sparig, der am Mittwoch während der Wahlzeit-Ver- kündigung die anwesenden Gemeindevorstände einlad, mit ihm

den Sieg Birnbaums durch eine solenne Kneiperie zu feiern. Armer Birnbaum! Armer Sparg! Kinder und Narren pflügen sonst die Wahrheit zu sagen; bei den Wahlen scheint dies nicht der Fall zu sein. Auch scheint es wenig geholfen zu haben, daß der große Leipziger Carnival- und Narrenrath in der Centralhalle den bisherigen Reichstagsabgeordneten Professor Doctor Birnbaum festlich gekrönt hat. Vielleicht sogar haben Viele gerade deshalb den Herrn Birnbaum nicht gewählt, vielleicht haben Viele sich die „Würde“ eines Reichsboten besser ohne die Krone des Leipziger Narrenraths vorgestellt; vielleicht haben sich viele Wähler auch erinnert, daß vor einem oder zwei Jahren das Gerücht ging, Herr Sparg sei im Narrenkostüm im Hörsaal des Professor Birnbaum erschienen und habe ihm dort einen Narrenorden verliehen. Wir wissen nicht, ob sich dies Gerücht bestätigt hat; soviel aber ist sicher, daß der Verwaltungsrath des Schönheimerischen Wandvereins, der Hr. Prof. Birnbaum, aus dem 13. Wahlkreis ausgewerzt ist und sich nun anderswo umsehen kann, wo er ein Mandat bekriegt, um damit Carrière zu machen. — Mit frischen Kräften gehen wir nunmehr an die Stichwahl. Partei- und Gesinnungsgenossen, Wähler, schließt Euch fest mit uns zusammen und der Sieg wird mit uns sein!

Wochsitz. Arbeiter und Genossen! Immer sich das arbeitende Volk vor jeder Ungerechtigkeit hütet und dem Sprüchwort huldigt, lieber hundertfältig Unrecht leiden, als einmal Unrecht thun, mit desto frecherem Uebermuth üben oft Vorgesetzte und Beamte resp. Gesezeskenner Gesezeswidrigkeiten aus. Im 14. sächsischen Wahlkreis ist es vorgekommen, daß in einer Stadt die Stimmenauszählung bei verschlossenen Thüren vorgenommen und die Vertreter der Arbeiterpartei abgewiesen worden sind. Dagegen lautet der § 9 des Reichswahlgesetzes: „Die Wahlhandlung sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses (Stimmenauszählung) ist öffentlich“. Zweitens sind in verschiedenen Landbezirken Stimmzettel im Wahllokal ausgelegt und geschrieben worden, um für Herrn von Könnert Stimmen zu gewinnen. Paragraph 11 des Reichswahlgesetzes lautet aber: „Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vereinfältigung (Druck) zu versehen“. Bei wiederholten ungesetlichen Vorkommnissen wird Protest und Strafantrag erhoben und alle Arbeiten für die zweite Wahl würden umsonst sein, da eine dritte ausgeschrieben werden müßte. Für und gilt der Wahlspruch: Gerechtigkeit für Alle.

Delsnitz i. V., 14. Jan. Als wir Nachricht erhielten, daß am 6. Januar, Nachm. 4 Uhr, der Candidat der nat.-liberalen Partei, Advokat Krause aus Dresden, in einer öffentlichen Volksversammlung seine Candidatenrede halten wollte, benachrichtigten wir sofort den von unserer Partei aufgestellten Candidaten, Herrn Webermeister Albert in Glauchau, und fragten bei demselben an, ob er nicht genehmigt sei, Krause in dieser Versammlung gegenüber zu treten. Sofort erhielten wir von Albert die Nachricht, daß er genannten Tag, Nachmittag 3 Uhr in Delsnitz eintreffen werde, worüber wir natürlich sehr erfreut waren. Obgleich wir das Eintreffen Alberts so geheim wie möglich hielten, so hatten doch unsere Gegner den Tag zuvor es schon ausgekundschaftet, und wie mir gesagt wurde, beim Gerichtsammt angefragt, ob es nicht möglich sei, die öffentliche Volksversammlung in eine Parteiversammlung umzuwandeln, was jedoch der Gerichtsammtmann verweigert haben soll. Also welche Angst vor Opposition diese Leuten haben.

Als wir mit Albert und Flechsig, welcher ebenfalls mit eingetroffen war, im Versammlungslokal erschienen, und uns später placirt hatten, harrten wir nun dessen, was da kommen sollte. Durch einen Anschlag im Versammlungslokal wurde bekannt gemacht, daß Herr Krause, durch unvorhergesehene Hindernisse abgehalten, erst gegen 5 Uhr eintreffen könne. Als es aber bereits 6 Uhr geworden war, verlangten sehr Viele aus der zahlreichen Versammlung, daß die Versammlung eröffnet und das Bureau gewählt werden möchte. Hierauf erwiderte Herr Advokat Oskar Schanz, auf dem Tische sitzend und den Hut aufbehaltend, daß die Versammlung zu dem Zwecke einberufen sei, damit Herr Krause seine Candidatenrede halten solle, und bevor derselbe nicht eingetroffen, könne dieselbe nicht eröffnet werden. Endlich nach langem Warten, gegen 6 1/2 Uhr Abends, kam Herr Advokat und Landtagsabgeordneter Krause an und entwickelte nun in ca. dreiviertel Stunden seine politische Stellung, welche er im Reichstag einnehmen würde. Seine ganze Rede war, daß bei der gegenwärtigen Wahl es weniger darauf ankomme, ob die eine Partei in politischer Beziehung etwas weiter ginge, als die andere, sondern darauf käme es an, daß die Candidaten Reichsfreunde und nicht Reichsfeinde seien. Herr Krause meinte, er würde das Geld für das Militärbudget bewilligen, jedoch stets mit nüchternen Sparlichkeit abwägen. Er meinte ferner, er würde für ein deutsches Wechselrecht, Abschaffung der Zeitungstempelsteuer u. s. w. eintreten. Bei der Vorlage des Strafgesetzes sei er der Ansicht, daß die Presse frei sei, jedoch müsse den Behörden selbstverständlich das Recht gesichert werden, einzugreifen, wo sie es für nothwendig finden. Preußen nannte er ein Bollwerk der Denker, Preußen hätte zuerst den Gedanken der Einigung begriffen. Das Reich sei zu jung, um Widerstand leisten zu können. Trotzdem Frankreich niedergeschlagen, sei Deutschland von allen Seiten vor Krieg nicht sicher u. dgl. mehr. Nachdem Hr. Krause geendet, ergriff der Candidat unserer Partei, Hr. Albert aus Glauchau, das Wort und sagte, Herr Krause habe in seiner ganzen Rede keines von denjenigen Gesetzen erwähnt, welche die nat.-liberale Partei geschaffen und die gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet seien, ebenfalls habe Herr Krause die kolossalen Ausgaben, welche seine Partei im Reichstag mit bewilligt, ganz unerwähnt gelassen. Herr Adv. Oskar Schanz sprang hier auf und sagte, daß unser Candidat Albert nicht weiter sprechen dürfe, sondern die Versammlung bloß den Zweck habe, daß Krause seine Stellung zum Reichstag darlege. Wäre das Bureau nicht in unseren Händen gewesen, Burchholz und Flechsig wären nämlich Vorsitzende, so wäre sicherlich Albert das Wort entzogen worden. Albert erwiderte dem Adv. Schanz, daß er das Versammlungsgesetz gar nicht kennen müsse, denn in einer öffentlichen Volksversammlung sei Jeder berechtigt, zu sprechen. Als Albert kaum wieder angefangen hatte, zu sprechen und sich als Candidat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gerirte, stand Hr. Referendar Dr. Meyer als Ueberwacher der Versammlung auf und sagte zu Albert, wenn er sich nochmals als Candidat der Arbeiterpartei nenne, so würde er ihm das Wort entziehen. Albert protestirte gegen diese Gesezesübertretung und sagte, er würde den Beschwörungsbetretung betreten. Albert unterzog nun die Stellung der nat.-liberalen Partei einer wahrhaft vernichtenden Kritik. Als Redner auf das Jesuitengesetz zu sprechen kam und sagte, daß das beste Mittel gegen die Jesuiten freie Volksschulen seien, der jetzige Staat aber in dieser Weise fast gar nichts thue, indem er Alles fürs Militär ausbebe, unterbrach der Referendar den Redner mit den Worten, wenn er so fortfahre, entjoge er ihm das Wort. Auch gegen dieses Vorgehen protestirte Albert und nannte dasselbe ungesetzlich, doch sprach Albert weiter. Als er aber dazu kam, der

Versammlung auseinander zu setzen, ob der Vorwurf der nat.-liberalen Partei, daß wir vaterlandlos seien, auch gerechtfertigt sei, und eben da angekommen war, wo er nachweisen wollte, daß die deutsche Bourgeoisie bei der französischen Anleihe stärker sich betheiligte habe, als bei der deutschen Anleihe, da sprang der Referendar Dr. Meyer auf und sagte zu Albert, wenn er weiter so fortfahre, müsse er ihm das Wort entziehen, und als Albert erklärte, er werde so fortfahren, entzog der Referendar Hr. Albert das Wort. Albert protestirte natürlich abermals gegen ein solches Verfahren, worauf dem Redner von der Versammlung ungeheurer Beifall gezollt wurde. Hierauf nahm Krause wieder das Wort und stammelte in ca. acht Minuten mehrere Entgegnungen heraus und meinte, daß die Ausführungen Alberts Lügen seien. Hierauf ging Albert wieder zum Vorsitzenden und bat ums Wort, indem er persönlich von Krause angegriffen worden sei. Das möchte nun Hr. Krause gehört haben und nun erklärte er, er würde in dieser Versammlung nicht mehr sprechen, indem er zu sehr angegriffen sei. Er nahm darauf seinen Hut und verließ den Saal. Der Referendar fragte nun den Vorsitzenden, ob er die Versammlung schließen wolle, und als derselbe erklärte, daß er die Versammlung nicht schließen werde, da schloß der Referendar die Versammlung, und Albert und Flechsig, welche sich zum Worte hatten melden lassen, konnten nun nicht mehr sprechen. Das Vaterland war also abermals gerettet. Albert eröffnete hierauf der Versammlung, daß er in einigen Tagen selbst eine Versammlung hier abhalten werde, was mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Diese Versammlung fand nun auch den 8. Januar in Voigtsberg bei Delsnitz statt. Herr Krause war zu dieser Versammlung brieflich als auch auf den Plakaten eingeladen und ihm Redefreiheit sowie persönlicher Schutz garantiert worden. Schon eine Stunde vor Eröffnung strömten die Leute in Schaaren nach dem Versammlungslokal und konnten viele, trotzdem der Saal sehr groß war, keinen Platz finden. Herr Krause glänzte durch Abwesenheit. Hr. Albert sprach anderthalb Stunden, durch öfteren Beifall unterbrochen, über die Reichstagswahlen, kritisirte die Haltung der reaktionären und besonders die der nat.-liberalen Partei auf dem Reichstage; er wies nach, wie leztgenannte Partei dem Volke zwar immer Versprechungen mache, aber niemals dieselben gehalten habe, und betonte ganz besonders, daß auch Hr. Krause auf dem sächsischen Landtage gegen freiheitliche Geseze gestimmt habe u. s. w. Trotz mehrmaliger Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Daß die Rede unseres Candidaten Albert geündet hat, ist jedenfalls daraus zu ersehen, daß in Delsnitz, Voigtsberg und Raschau Albert eine Stimme mehr hat als Krause und Seiler zusammen. Wir hoffen, daß der Same, der gestreut worden ist, auch Früchte tragen möge und bald ein Agitator uns besuchen möchte. Öffentlich wird auch der „Vollstaats“ in Delsnitz und Umgegend mehr Eingang finden als bis jetzt. Also nur immer vorwärts und der Sieg muß unser sein.

Berlin. Der Vertrauensmann unserer hiesigen Mitgliedschaft, Wilhelm Heinsch, hatte zu dem am 15. Nov. v. J. in dem Local „Königsböhe“ stattgefundenen Arbeiterfest Programme mit dem Titel: „Arbeitend leben oder kämpfend den Tod“, nach der Melodie der Wacht am Rhein zu singen, ausgeben lassen und stand deshalb am 9. d. M. vor der 7. Deputation. Die Anklage war auf Grund des § 111 wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, sowie des § 130 des Strafgesetzbuches wegen Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander erhoben worden. Als Zeuge war der Polizeihauptmann v. Bernik vorgeladen worden und sagte derselbe aus, daß er vom Polizei-Präsidenten beauftragt worden sei, nachzusehen nach Personen, welche der sozialistischen Richtung angehören, anstellen zu lassen. Er kenne zwar die Person des Heinsch nicht, wisse aber, daß derselbe der Bevollmächtigte hiesiger Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Eisenacher Programm, sei und als solcher häufig Anmeldungen zu Versammlungen mache, auch als Redner aufträte und an allen Arbeiterbewegungen Theil nehme. „Mit aller Entschiedenheit, sagte Heinsch, muß ich dagegen protestiren, daß man mich nach meiner politischen Farbe und Ueberzeugung beurtheilt, ich habe das Recht zu verlangen, daß man diesen Punkt in der Verhandlung fallen läßt.“ Der Vorsitzende bemerkte hierauf, daß der Gerichtshof es für gut befunden habe, v. Zenitz zu befragen.

Der Staatsanwalt Lessendorf konnte natürlich nicht begreifen, wie man es wagen könne, dieses Lied in einer Versammlung, die von mehreren tausend Menschen besucht sei, singen lassen zu wollen. Man müsse unwillkürlich auf den Gedanken kommen, daß nach Beendigung des ersten Theils des Festprogramms eine allgemeine Revolte beginnen solle und man würde umso mehr zu diesem Schluß kommen, wenn man bedächte, daß das Lied von aufgeregten, leidenschaftlichen Leuten „gebrüllt“, wie der Staatsanwalt von Rechts wegen sich auszudrücken beliebte, werden solle. Jedemfalls sei dieses Lied zur Zeit der Pariser Commune aus Antipathie gegen Deutschland entstanden und dann ins Deutsche übersetzt worden. Dem Gerichtshof sei ja auch durch die Aussagen des v. Bernik bekannt, daß der Angeklagte ja nicht zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die doch wenigstens noch ein Vaterland kennen, sondern zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich bekenne, die bekanntlich weder Vaterland, Gott, noch Religion besäßen. Es gehöre eine ungeheure Frechheit dazu, ein solches Lied, welches offen zu Mord und Todschlag Aufforderung, druden zu lassen. Da die sozialistische Bewegung der Staatsgewalt eine so entschiedene Opposition entgegensetze, so sei es am Platze, bei diesem Falle das höchste Strafmaß zur Anwendung zu bringen. Das höchste Strafmaß existire ja offenbar deshalb, damit es benutzt würde und schiene ihm der vorliegende Fall ganz dazu geeignet. Er beantrage deshalb zwei Jahre Gefängniß und sofortige Verhaftung, da erst am nämlichen Tage gegen Frohme und Becker in contumaciäam habe verhandelt werden müssen. „Den Vorwurf, durch den Abdruck des Liedes eine Frechheit bezogen zu haben“, sagte Heinsch, „muß ich auf das entschiedenste zurückweisen und es der Privatmeinung des Staatsanwalts überlassen, darüber zu denken, wie es ihm beliebt. Was nun den Inhalt des Liedes anbetrifft, so muß ich gestehen, daß derselbe in poetischer gehobener Form nur daraus berechnet ist, eine warme, lebendige Stimmung zu erwecken. Das Lied ist bereits in dem Liederbuch von Most, welches in jeder Buchhandlung käuflich ist, enthalten, ist sehr oft in Arbeiterversammlungen gesungen worden und zum Abdruck in verschiedenen Zeitungen gelangt. Zum Beweise meiner Angaben gestatte ich mir, das Liederbuch von Most, sowie einige Zeitungen dem Gerichtshof vorzulegen.“ Der Vorsitzende bemerkte, daß die Angaben des Angeklagten in dieser Beziehung richtig seien, worauf der Staatsanwalt erklärte, daß er freilich bekennen müsse, daß dieses Lied bereits unbehelligt im Druck erschienen sei, er aber mit Most, der ihm als ein sehr gefährlicher Sozialist bekannt sei, bei Gelegenheit ein Händchen rufen werde. „Der Staatsanwalt“, fährt Heinsch fort, „ist in einem Irrthum befangen, wenn er glaubt, daß nach dem Gefange, nicht nach dem Gebrülle des Lie-

des, wie der Staatsanwalt sich zu sagen erlaubt, die Arbeiter mit Messer und Gabel bewaffnet, an die Straße gestürzt wären, um eine Revolte anzuzetteln. (Allgemeine Heiterkeit.) Der Staatsanwalt kann doch unmöglich der Ansicht sein, daß man im Kreise seiner Familie, bei Frau und Kind im mindesten daran denken wird, Unruhen zu stiften. Jeder denkende Mensch muß die berechtigten Forderungen des Proletariats anerkennen, von Leuten aber, die die Wissenschaft handwerksmäßig betreiben, kann man dies nicht verlangen. Ich beantrage meine Freisprechung, da offenbar eine Absicht zur Aufreizung und zu Gewaltthätigkeiten bei mir nicht vorgelegen hat.“ Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängniß, jedoch lehnte er die sofortige Verhaftung des Angeklagten ab, weil derselbe ansässiger Bürger sei, Familie besitze und sich der Flucht bisher nicht verdächtig gemacht habe.

Was sah hieraus wieder deutlich, wie der Staatsanwalt sich bemühte, der Begründung seiner Anklage fast das Gerücht von einer im Entstehen begriffenen Revolte unterzujubeln, um dadurch den Intentionen einer Regierung nachzukommen, Personen, denen dieselbe übel will, verdächtig und für eine Zeitlang unschädlich zu machen. Aber genug; — ich will mich nicht verleiten lassen, den Stroll meines Herzens auszuflößen; jeder gute, jeder nachdenkende Mensch zürnt, wenn er sieht, wie leicht aller Orten die Träger der Idee der Wahrheit der Gewalt zum Opfer fallen.

Mit sozialdemokratischem Gruß Eberhard.

Reichstagswahlfond.

Von den hiesigen Schneidergehilfen gesammelt. Thlr. 12 12 7. Von Ord. Reudnig 15 Gr. Wd Berlin 10 Gr. Jim Ruchburg 15 Gr. G. C. hier 2 Thlr. Ring hier Thlr. 3 12 5. — Berlin: (Für die Wahl Jacoby's): Zah. Cigarettenfabrik d. Geier Gr. 7 6. Scat d. Geier 7 Gr. Sammlung am 25 Dec. in einer Festgesellschaft Thlr. 1 11 4. Sventits 10 Gr., Schillerstr. Cigaretten 10 Gr., Schlesische Cigaretten d. Fischer 20 Gr., 3 Beiträge ohne Namen Gr. 7 6. Böischer Wille 5 Gr., Versammlung am 11 Januar Thlr. 6 10. Bamberger 1 Thlr., Fräul. Beckstein Gr. 2 6. Versammlung am 8. Jan. Thlr. 15 6 9. Windhorst in voriger Abrechnung hat nicht gegeben Gr. 13 9 sonder Thlr. 1 3 9. Aug. Heinsch.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Anteilscheine der Antequittungen erbielten ferner: In Ufersee Jos. Stbch 2 Thlr., Jos Stbch 1 Thlr., A. B. 1 Thlr.

Briefkasten

der Redaction. Fischer in Stahfurt: Wir haben leider Niemand zur Verfügung, da wir alle unsere Kräfte für die Stichwahl im Landkreis Leipzig verwenden müssen. J. R. in München: Sie erhalten die betreffende Broschüre über Pf. Meslier zurück. Brief folgt. C. M. in Dresden: Wir wünschen viel Vergnügen am Studium der alten Sprachen. J. R. in Ruffa: Wird besorgt. G. B. in Berlin: Geplantes. Wird besorgt. Besten Gruß!

der Expedition. Verein der Stepper u. Borrichter Hamburg Ann. 7 Gr. Styr hier Gewerkschaft Ann. 5 Gr. H. Bglr. Bardau Ad. 4. Du. 12 Thlr. H. Schr. Konstanz Ad. 4. Du. 6 Thlr. Mit hier Schr. 4 Gr. Ant. Dresden Schr. Thlr. 1 13. Cppst hier Schr. Thlr. 1 20 2. C. B. W. B. Schr. 20 Gr. Urb. Hork Schr. Thlr. 1 6 5. C. B. G. Schr. Thlr. 1 9. A. Darmstadt Schr. 7 Gr. P. B. Schr. Kirchhain Schr. Thlr. 1 13 5. H. L. W. Schr. Thlr. 1 6. Br. Schr. Hirschberg Schr. Thlr. 1 3 5. Schr. Sonneberg Schr. 3 Thlr. J. M. B. Schr. Thlr. 3 14. H. B. B. Schr. Gr. 22 5. G. B. Berlin Ad. 4. Du. Thlr. 7 16. Ann. 14 Gr. J. B. Posen Ad. 1. Du. 16 Gr. A. Sponholz Berlin: Ihre Ann. kostet 6 Gr. C. K. Köln: die An. kostet 3 Gr. A. Schmdr. Bielefeld: das Ad. f. Jan. kostet 8 Gr., 3 Gr. Dec.

Anzeigen zc.

Berlin

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Bezirksversammlungen.
Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr,
Bismarck Local, Admiralstraße 11, Eingang vom Hof:
Vortrag des Herrn Schramm. Verschiedenes.
Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr,
Café Hausmann, Elisabethstraße 17, Eingang vom Hof:
Vortrag des Herrn Bruchmüller. Verschiedenes.
In beiden Versammlungen werden neue Mitglieder aufgenommen.
Um zahlreiche Theilnahme bitte Das Agitations-Comitee.

Dresden

Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans,

im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [R]

Leipzig

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Dienstag, den 20. Jan., Abends 8 Uhr: Versammlung, Gewandhäuser 4, 1 Tr.
L.-D.: 1) Rechenschafts-Bericht. 2) Neuwahl des Vorstandes.
3) Weitere Einzeichnung in den Krankentosenbund.
Alle Mitglieder werden ersucht zu erscheinen. D. B.

Leipzig

Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Montag, d. 19. Jan.: Sg.-ing. Reudnigerstr. bei Arnold.
L.-D.: Localfrage.
Das Erscheinen ist Aller Pflicht.

Köln

Sozialdemokratische Arbeiterpartei,

Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr: Geschlossene Parteiversammlung bei Breuer Eigelstein 25.
L.-D.: Abrechnung des Wahl- und Agitationscomit'es.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt nothwendig.

Den Parteigenossen zur ferneren Kenntnissnahme, daß in folgenden Localen der „Vollstaats“ ausliegt: Bei Paul Relles, Schildergasse; Bierbrauerei Pögen, Johannisstraße 2; B. Reht, Höhle 15; Löffel, Waldmarkt 11; Weinreis, Lieboldstraße 100 und Breuer, Eigelstein 25; außerdem in Deutz bei Engels, Neustraße 2 und in Kalk bei Krammerich, Kolhofstraße.
Der Vertrauensmann.

Thonberg u. Umgegend

Arbeiter-Verein.

Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung.
L.-D.: Politischer Wochenbericht. Ref.: Schilling. — Diskussion.
Fragekasten. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Da uns von Seite der hiesigen Postdirektion die Mittheilung über den Abonnentenstand an den einzelnen Orten verweigert wurde, so sind wir nur im Stande, summarischen Bericht über den Abonnentenstand des „Vollstaats“ pro IV. Quartal 1873 zu geben.

Postabonnenten	2498
Filialen	1945
Leipzig und Umgegend	990
Kreuzband u. Couvertsendungen	943
Durch Buchhandel	20

Summa 6396

Die Expedition des „Vollstaats“.

Leipzig: Verantw. Redacteur: A. Pfeiffer. (Redaction und Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.